Zukunftsfähige Demokratie. Wie kann die Gesellschaft entpolarisiert werden?

Input Barbara Blaha | Gründerin des Momentum Instituts

Demokratie steht nicht erst dann am Abgrund, wenn die Panzer rollen. Sie steht dort, wenn ihre sozialen Fundamente bröckeln. Demokratie lebt nicht nur von freien Wahlen, sondern davon, dass Menschen das Gefühl haben: Meine Stimme zählt. Nicht nur am Wahlzettel, sondern auch im Betrieb, in der Gemeinde, im Alltag. Aber wo ich nicht mehr mitreden kann, da mach' ich auch nicht mehr mit. Wo die Mitsprache fehlt, wendet man sich ab.

Das passiert bei uns - aber auch in vielen anderen Ländern. Aber das ist nicht der Anfang des Prozesses, sondern schon fast das Ende. Wenn wir verstehen wollen, warum autoritäres Denken europaweit zunimmt, dann müssen wir tiefer graben, zu den Bedingungen, die den Menschen erst das – berechtigte? – Gefühl geben: Meine Stimme ist wurscht. Denn das sind die Bedingungen, die Angst und Autoritäre Fantasien erst hervorbringen. Also: Begleiten Sie mich kurz, nehmen Sie sich auch ein Schauferl, lassen Sie uns gemeinsam ein bisserl buddeln. Das Erste, was wir sehen: Autoritäre Tendenzen wachsen dort am besten, wo auch die Unsicherheit wächst. Bei Pflanzen nennt man das "obligate Symbiose" – das eine wächst nur dort, wo es das andere gibt. Sowas ähnliches haben wir hier auch: Menschen, die sich ohnmächtig fühlen, greifen eher zu einfachen Erklärungen und nach "starken" Händen. Erster Fund. Aber graben wir doch noch ein Stück tiefer: Woher kommt diese Ohnmacht? Die ist kein individuelles Gefühl, das zufällig wo sprießt. Die Ohnmacht wird ihrerseits produziert und kultiviert durch wirtschaftliche Verhältnisse, durch politische Entscheidungen, durch soziale Spaltungen.

Wir haben in den letzten Jahren erlebt, dass Krisen wie ein Brennglas wirken: Corona, Krieg, Klima – und natürlich die von allen dreien befeuerte Teuerung: Das hat Wunden und Gräben in unserer Gesellschaft tiefer aufgerissen. Und überall dort, wo Menschen das Gefühl haben, den Boden unter den Füßen zu verlieren, wächst die Sehnsucht nach einer starken Hand, die die sie – angeblich – auffängt und festhält.

Eine große Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institutes in Deutschland hat das mit Zahlen belegt: Je größer die ökonomische Unsicherheit, desto stärker die Zustimmung zu autoritären Orientierungen. Das hat wenig mit "Charakter" zu tun, aber viel mit Rahmenbedingungen. Wer erlebt, dass er hart arbeitet, aber dennoch kaum über die Runden kommt; wer merkt, dass die steigenden Preise die letzten Reserven auffressen; wer erfährt, dass politische Entscheidungen immer an den gleichen Interessen scheitern, der sucht nach Halt.

Nicht Reichtum oder Armut erklären die politische Radikalisierung – sondern die Angst, selbst abzurutschen. Eine weitere internationale Studie macht das Bild noch klarer: Von Großbritannien über die Niederlande bis nach Deutschland gilt: Menschen, die beruflich schlechter dastehen als ihre Eltern, wäh-

len signifikant häufiger rechtspopulistische Parteien. Der Abstieg ist eine existenzielle Kränkung und er verstärkt das Gefühl, von der Politik im Stich gelassen zu werden. Denn die Politik bricht damit ihr altes Versprechen: Industrieländer haben früher sozialen Aufstieg mit Bildung, Wachstum und stabilen Arbeitsplätzen ermöglicht, heute ist der Aufstieg schwieriger: Die Volkswirtschaften wachsen langsamer, Arbeitsplätze wandern ab oder verschwinden durch Automatisierung.

Der Soziologe Oliver Nachtwey hat das mal so umschrieben: Früher hatten wir in den Industrienationen eine Fahrstuhl-Gesellschaft. Alle, arm und reich, sind gemeinsam nach oben gefahren. Arm ist arm und reich ist reich geblieben, aber alle sind Stockwerk für Stockwerk gemeinsam weiter nach oben gefahren. Heute haben breite Schichten aber das Gefühl, sie stehen nicht mehr im Aufzug, sondern auf einer Rolltreppe … die aber in die verkehrte Richtung läuft. Sie müssen sich anstrengen und dagegen anlaufen, damit sie nicht absteigen.

Viele Jahrzehnte war der Deal mit der Demokratie: Die Kinder werden es einmal besser haben. Heute glaubt die Mehrheit nicht mehr daran. Zurecht: Der Fahrstuhl nach oben steckt und die Rolltreppe fährt rückwärts. Unten bis weit in die Mitte stagnieren die Einkommen, das Vermögen konzentriert sich immer schneller und immer extremer ganz oben; Bildung ist nicht mehr die fixe Fahrkarte zu einem sicheren Job. Und wir wissen noch gar nicht, wie stark die Digitalisierung und Künstliche Intelligenz diese Entwicklung beschleunigen werden.

Genau hier setzen die Spalter an. Sie wissen, dass die Verletzlichsten nicht unbedingt die Ärmsten sind, sondern jene, die glauben, dass sie was zu verlieren haben. Die Facharbeiterin mit den zwei Kindern, die weiß, dass eine längere Krankheit sich nicht gut mit dem offenen Kredit vertragen würde. Der Schichtführer, der die Digitalisierung noch gut gemeistert hat, aber jetzt Angst hat, dass mit der KI seine ganze Erfahrung plötzlich wertlos wird. Die Pflegekraft, die eine kleine Eigentumswohnung abstottert und nun bei jeder Zinserhöhung den Atem anhält. Die sind alle nicht arm, aber die wissen um ihre Verwundbarkeit. An diese Menschen richten sich die Sirenengesänge der Rechten. Sie versprechen aber nicht "Gerechtigkeit für alle", sondern nur, dass die "anderen" unten bleiben.. Sie reden nicht von Solidarität, sondern von Ordnung und Sicherheit. Sie bieten keine Lösungen, sondern Geschichten darüber, wer an allem schuld ist.

Wenn sich die Menschen von der Demokratie abwenden, weil sie Politik den Aufstieg nicht mehr garantieren kann – woher kommt dann diese ökonomische Entwicklung? Wir sind bei unseren Grabungen also endlich an der Wurzel der rechten Erfolge angelangt: die Austerität, also die Kürzungspolitik, der Spar-Fetisch. Wenn der Staat in der Krise spart, dann spart er Vertrauen weg. Wo Bibliotheken schließen, wo Postämter verschwinden, wo der Bus nur noch einmal am Tag fährt, wo die Kinderbetreuung dünn ist … dort bröckeln das Wir-Gefühls. Logisch: Wenn es keine kollektiven Ziele mehr gibt, wenn wir als Gesellschaft immer weniger gemeinsam erschaffen, das uns allen zugute kommt … wozu dann das ganze? Wenn man als Staat die Menschen allein lässt, dann fühlen sie sich nicht nur abgehängt, dann glauben sie auch nicht mehr an das Versprechen, dass die Demokratie für alle da ist.

Zahlreiche Analysen belegen das: Wo der Sozialstaat erodiert, wo öffentliche Investitionen schrumpfen, dort steigen Polarisierung, Zynismus … und am Ende der Erfolg rechtsextremer Parteien. Es gibt da zum Beispiel eine riesige Untersuchung. Mehr als 200 Wahlen in acht europäischen Ländern, 1980 bis 2015. Also wirklich breit, keine Momentaufnahme, sondern eine profunde Analyse. Und die Studie zeigt: Jede Kürzung öffentlicher Ausgaben zerstört Vertrauen in demokratische Institutionen und lässt die Demo-

kratie weiter kippen. Ein Rückgang staatlicher Ausgaben um nur einen Prozentpunkt bringt extremen Parteien im Schnitt drei Prozentpunkte. Ein enormer Effekt. Aus der Angst, selbst zu fallen, wird schnell der Wunsch, dass wenigstens jemand anders unter einem bleibt. Wenn wir das ändern wollen, wenn wir die Gruppen wieder rein holen wollen, die Angst vor dem Abrutschen haben und nach rechts driften – dann müssen wir also an diese Wurzel, dann müssen wir die Strukturen ändern. Aber das wird nicht vom Himmel fallen.

Neu ist dieses Wissen übrigens nicht. Bereits in den 1930er Jahren haben viele Ökonominnen und Ökonomen erkannt, dass ökonomische Verwerfungen autoritäre Bewegungen stärken. Faschismus gedeiht dort, wo Menschen das Vertrauen verlieren – in Institutionen, in Politik, in soziale Sicherheit. Ins Miteinander. Damit eine Demokratie sich verteidigen kann, braucht sie also ökonomische Abwehrkräfte. Wer Demokratie schützen will, muss Wirtschaftspolitik antifaschistisch denken und aufsetzen, wie die Ökonomin Isabella Weber nach der US-Wahl von Trump so treffend beschrieben hat.

Antifaschistische Wirtschaftspolitik heißt deshalb erstens: Wirtschaft so zu gestalten, dass sie Demokratie stabilisiert, indem sie materielle Sicherheit schafft. Das beginnt mit Preisstabilität bei den Grundbedürfnissen: Wohnen, Energie, Lebensmittel. Wenn Menschen nicht wissen, ob sie am Monatsende noch heizen oder essen können, sind sie anfällig für autoritäre Versprechen. Materielle Sicherheit heißt deshalb auch, den Kompass der politischen Maßnahmen wieder zu norden: Preiskontrollen für die Supermärkte und temporäre Deckel bei Energie und Mieten sind kein Tabubruch, wie es heute gerne dargestellt wird. Sie sind historische Normalität. In Zeiten extremer Marktverzerrung hat man immer schon politisch reagiert. Warum nicht heute? Sogar Margaret Thatcher, der Rammbock des Neoliberalismus, hat dereinst Sondersteuern für Banken eingeführt, die in der Wirtschaftskrise extra viel Gewinn gemacht haben. Materielle Sicherheit heißt auch: Löhne, von denen man leben kann. Und Arbeitszeiten, die ein Leben außerhalb der Arbeit ermöglichen. Gute Mindestlöhne und eine schrittweise Arbeitszeitverkürzung sind nicht nur gesund für die Menschen … sondern auch für unsere Demokratie.

Zur materiellen Sicherheit kommt das zweite Prinzip der antifaschistischen Wirtschaftspolitik: konsequente Umverteilung. Wenn in einer Krise der Reichtum noch schneller nach oben gesaugt wird, dann kippt die Demokratie noch schneller. Zwei Drittel aller Vermögenszuwächse streicht das berühmte oberste, das eine Prozent ein. Allein in den kommenden Jahren wird die Welt 5 Billionäre haben. Tendenz: Weiter schnell steigend. Vermögens-, Übergewinn- und Erbschaftssteuern stellen sicher, dass gesellschaftlicher Wohlstand wieder zirkuliert, statt sich in den Händen ganz weniger zu konzentrieren. Oder auf den Offshore-Konten ganz weniger.

Drittens braucht es die Demokratisierung von Produktion und Unternehmen. Wirtschaftliche Macht muss nicht zwingend hierarchisch organisiert sein. Mitbestimmung, Belegschaftsanteile und Genossenschaften machen Beschäftigte zu Akteuren, nicht Objekten. Wir wissen aus Studien in Deutschland auch: Es gibt einen robusten Zusammenhang zwischen Ohnmacht am Arbeitsplatz und rechtsextremen Einstellungen. Und umgekehrt: da wo Mitbestimmung im Betrieb gelebt wird, steigt generell Wahlbeteiligung.

Viertens ist strategische staatliche Planung unerlässlich. Märkte allein schaffen keine nachhaltige Infrastruktur, keine Pflege, keine Bildung. Der Staat muss investieren: in öffentliche Güter, soziale Dienste und den ökologischen Umbau der Industrie. Eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik verknüpft Klimaschutz, Beschäftigung und soziale Sicherheit, statt sie gegeneinander auszuspielen.

Fünftens gehört zur antifaschistischen Wirtschaftspolitik die Regulierung von Märkten und Monopolen. Demokratie braucht ökonomische Vielfalt: Wenn einzelne Konzerne ganze Märkte dominieren, wird die Politik von ihnen abhängig. Kartellrecht und Entflechtung sind daher nicht Technokratie, sondern Demokratie. Auch die Eindämmung der Finanzialisierung – also der Übermacht des Finanzsektors über die reale Produktion – ist Teil dieses Projekts. Wenn man das alles betrachtet, dann sieht man auch: Antifaschistische Wirtschaftspolitik ist keine Revolution, keine radikale, neue Idee – sondern nur die Rückkehr zu ökonomischer Vernunft, wie wir sie lange gelebt haben. Soziale Würde für alle – abgesichert durch demokratische Kontrolle. Der Mythos des freien Markts beruht auf der Annahme, dass wirtschaftliche Freiheit automatisch politische Freiheit schafft. Dass dort, wo der Markt frei ist, auch die Menschen frei sind. Dieses Denken ist im 19. Jahrhundert als Gegenbild zu feudaler Herrschaft und staatlicher Bevormundung entstanden: Wer handeln, produzieren, Eigentum erwerben kann, wird vom Untertan zum Bürger. Aber mit der Industrialisierung, der Entstehung großer Konzerne und der Globalisierung hat sich diese Logik umgekehrt: Wirtschaftliche Freiheit hat sich in den Händen weniger konzentriert, die Mehrheit ist ökonomisch abhängig geblieben.

Heute bedeutet der Markt Freiheit für alle, die Kapital, Bildung und Mobilität haben. Aber nur bedingt für jene, die auf stabile Löhne, leistbare Wohnungen und vernünftige Energiepreise angewiesen sind. Für sie wird die Marktfreiheit zum Zwang: jede noch so schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen und jede noch so hohen Miete zu zahlen. Wir brauchen echte politische Freiheit – und die setzt voraus, dass Menschen handlungsfähig sind. Dass sie Entscheidungen nicht aus Angst vor Armut oder Entlassung treffen. Wo das ökonomische Fundament fehlt, bleibt das Wahlrecht zwar formal bestehen – wird aber zur leeren Hülle. Antifaschistische Wirtschaftspolitik greift diesen Widerspruch auf. Sie sagt: Der Markt ist kein Ort neutraler Freiheit, sondern ein Raum von Machtbeziehungen. Ohne Regeln, Umverteilung und Schutzrechte wird ökonomische Freiheit zur Freiheit der Starken, die Schwachen auszubeuten – bis sie sich am Ende dem Faschismus zuwenden. Marktfreiheit ohne Regeln frisst die politische Freiheit auf. Das 20. Jahrhundert hat uns gezeigt: Krisen, in denen der Staat sich aus seiner sozialen Verantwortung davonstiehlt, öffnen den Raum für autoritäre Bewegungen. Austerität, Deregulierung und Privatisierung schaffen genau jene Verwundbarkeit, aus der faschistische Parteien ihr Kapital schlägt: ökonomisch, psychologisch und kulturell. Nur eine Politik, die Preise begrenzt, öffentliche Güter stärkt, Löhne stabilisiert und Übergewinne abschöpft, entzieht den Rechten den Nährboden.

Liberale Kräfte tun sich damit schwer, weil sie in jedem Eingriff in den Markt nur den Verlust individueller Freiheit sehen. Schon 1944 hat Friedrich Hayek in seiemn Buch „Der Weg in die Knechtschaft“ die These vertreten: Der Wohlfahrtsstaat schränke den Einzelnen dermaßen ein, dass auf Sicht ein totalitäres System daraus entstehen müsse. Die Geschichte und die aktuellen Daten zeigen das Gegenteil, aber Hayeks Theorie rechtfertigt nicht nur genau die Entwicklungen, die den rechtsextremen Parteien die Wähler:innen zutreiben. Weniger Steuern, weniger Regeln, weniger Staat. Hayeks Theorie tarnt dieses Programm sogar noch allen Ernstes als mutiges Auftreten gegen die kommende Tyrannei. Politik die hinschaut und eingreift, ein Staat, der sich um das Miteinander kümmert – das ist das Gegenteil von dem, was sich liberale Kräfte wünschen. Sie glauben, dass der Staat keine Probleme lösen soll – also sie soll auch nicht lösen können.

George Monbiot, ein Journalist des britischen Guardian, hat diesen Gedanken weiter ausgeführt. Wenn das dichte Netz, das uns mit dem Staat verbindet – Schulen, Spitäler, öffentlicher Verkehr vom Spardiktat zerstört werden; wenn keiner mehr glaubt, später in Würde und gut abgesichert alt werden zu können, dann bleiben nur die mühsamen Aspekte des Staates übrig: Bürokratie und Regel-Durchsetzung.

Dann ist der Staat nur mehr unser Feind. Und dann stößt der Aufruf, bei den Wahlen doch bitteschön "die Demokratie zu schützen", bestenfalls auf taube Ohren. Schlimmstenfalls erreicht er das Gegenteil. Und dann ist das Land "reif" für Männer wie Trump, Orban, Kickl. Was Friedrich Hayek einst zu fürchten behauptete – den Aufstieg eines neuen Totalitarismus – ist heute Realität und auf seinem ideologischen Fundament gebaut.

Wir müssen präzise unterscheiden: zwischen einem Staat, der gängelt, und einem Staat, der schützt. Zwischen Regulierung, die erstickt, und Regulierung, die Handlungsspielräume eröffnet. Wer den Markt entfesselt, zerstört am Ende die Grundlage jener Freiheit, die er vorgibt, bewahren zu wollen. Denn wirtschaftliche Unsicherheit macht Menschen empfänglich für einfache Feindbilder. Die Liberalen müssen dabei helfen; wir müssen den Begriff der Freiheit neu aufladen: als kollektive Fähigkeit, das eigene Leben unter verlässlichen Bedingungen zu gestalten. Dazu braucht es Märkte, die funktionieren; aber keine, die herrschen. Die Frage ist nicht, ob der Staat eingreift, sondern wessen Interessen er dabei schützt. Eine demokratische Ökonomie greift ein, um Vielfalt und Eigenständigkeit zu sichern, nicht, um sie zu beschneiden. Markteingriffe sind keine Gefahr für die offene Gesellschaft, sondern ihre Lebensversicherung. Wer das begreift, kann aus dem alten Gegensatz zwischen Markt und Staat aussteigen und verstehen: Nur eine regulierte Wirtschaft kann frei bleiben, weil nur sie die Demokratie am Leben hält.

20. Oktober 2025

Presseclub Concordia